SVP und FDP sind gegen mehr Transparenz

INITIATIVEN Auf kantonaler Ebene erhalten Forderungen nach Offenlegung der Parteifinanzierung immer mehr Rückhalt. Das beeindruckt die Gegner auf nationaler Ebene jedoch nicht

Inzwischen sind es fünf Kantone, die bei der Parteienfinanzierung Transparenz verlangen. Das Tessin, Genf und Neuenburg haben bereits entsprechende Regelungen, und mit dem vergangenen Abstimmungswochenende kommen Freiburg und Schwyz dazu. Auf nationaler Ebene ist ebenfalls eine Initiative hängig. Der Bundesrat lehnt sie allerdings ab. Auf einen Gegenvorschlag will er verzichten. Und obwohl die Zustimmung in den Kantonen Freiburg und Schwyz den Initianten Rückenwind verschafft, signalisieren auch die SVP und die FDP kein Entgegenkommen. Am Nein hält zwar auch die CVP fest, die Partei anerkennt aber nach den Resultaten vom Wochenende Diskussionsbedarf.

Die nationale Transparenzinitiative verlangt, dass Parteien die Herkunft aller Spenden über 10 000 Franken offenlegen. Auch Personen und Komitees, die mehr als 100 000 Franken in einer Kampagne einsetzen, sollen Grossspenden deklarieren. Grosse Beträge dürften nicht anonym gespendet werden. Von den Parteien tragen SP, BDP, EVP, Grüne, deren Jungparteien sowie die Piratenpartei das Volksbegehren mit. Es ist im vergangenen Oktober eingereicht worden.

Ein erster Schritt

Die GLP sieht ebenfalls Handlungsbedarf. Die Transparenzinitiative habe aber einige Schwächen und könne umgangen werden, sagt GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy (BE). Im Parlament hat sie deshalb im vergangenen Herbst eine parlamentarische Initiative eingereicht, die sie als «möglichen ersten Schritt» bezeichnet: Die jährlich 6,7 Millionen Franken Fraktionsbeiträge sollen nur noch an jene Fraktionen fliessen, deren Parteien die Herkunft und die Höhe ihrer Zuwendungen ab einer gewissen Limite offenlegen. Gemäss Kathrin Bertschy will die GLP damit auf Anreize statt auf Zwang setzen. Man habe nach einer Regelung gesucht, die ein Umdenken hin zu mehr Transparenz ermögliche, den Parteien aber Zeit für diesen Wandel lasse.

Im Parlament wurde der Vorstoss noch nicht behandelt. Wäre er ein Kompromissvorschlag, auf den sich links und rechts einigen könnten? Im Moment sieht es nicht danach aus. Nationalrätin Nadine Masshardt (SP, BE) unterstützt die parlamentarische Initiative zwar: «Sie deckt zumindest einen Aspekt ab», sagt sie. Doch insgesamt geht ihr der Vorschlag der GLP deutlich zu wenig weit, «denn uns geht es nicht nur um die Parteienfinanzierung, sondern auch um die Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen».

Entschiedenes Nein

FDP-Vizepräsident und Ständerat Andrea Caroni (AR) kann dem GLP-Vorschlag wenig abgewinnen: «Die Fraktionsbeiträge sind die Entschädigung für geleistete Fraktionsarbeit und sollten nicht an eine Offenlegungspflicht gekoppelt sein», sagt er. Seine Partei setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und die Privatsphäre der Spender. Dass die FDP-Politiker nicht durch Spendengelder beeinflusst seien, dafür habe die Partei trotzdem gesorgt, betont Caroni: Gönnerbeiträge dürfen nicht höher sein als 1/15 des jährlichen Parteibudgets. Ausserdem wissen nur die Parteipräsidentin und der Generalsekretär, wer wie viel gespendet hat.

Auch die SVP bleibt bei ihrem entschiedenen Nein zur Initiative. Sowohl SVP als auch FDP und CVP kritisieren, von der Regulierung der Politikfinanzierung sei es nicht mehr weit zur staatlichen Parteifinanzierung. Gemäss CVP-Sprecher Manuel Ackermann hat sich an der ablehnenden Haltung der CVP zur Initiative bisher zwar nichts verändert. Aufgrund der Resultate vom Wochenende bestehe aber in der Partei das Bedürfnis, das Thema noch einmal vertieft zu diskutieren. *Brigitte Walser*

Reichten die Transparenzinitiative ein: Nationalrätin Nadine Masshardt (SP) und Nationalrätin Lisa Mazzone (Grüne). *Foto: Anthony Anex (Keystone)*

KANTON SCHWYZ

Wie es zum Coup der Juso gekommen ist

Wunsch nach Transparenz, Misstrauen gegenüber der Obrigkeit und Ventilfunktion für Unzufriedene: Nach dem Ja zur Juso-Initiative wird nach Erklärungen gesucht.

Für Schwyzer Verhältnisse war es ein Erdbeben. Zwar wurde die Transparenzinitiative der Jungsozialisten (Juso) mit 50,28 Prozent oder einem Stimmenmehr von 305 denkbar knapp angenommen. Angesichts der politischen Verhältnisse in Schwyz sorgte das Abstimmungsresultat aber schweizweit für Aufsehen: Der kumulierte Wähleranteil von SVP, CVP und FDP betrug bei den letzten Kantonsratswahlen fast 82 Prozent, und zudem setzt sich die Kantonsregierung rein bürgerlich zusammen. Obwohl das Volksbegehren der Juso nur von der SP unterstützt wurde, will nun eine Mehrheit der Schwyzer, dass Parteien und Politorganisationen künftig bei Wahlen und Abstimmungen ihre Finanzen offenlegen müssen.

«Das Abstimmungsresultat ist völlig überraschend», sagt FDP-Fraktionschef Dominik Zehnder. Deshalb hätten die Bürgerlichen auch keine nennenswerte Kampagne gegen die Initiative gemacht. «Wir wurden genauso auf dem falschen Fuss erwischt wie der bürgerliche Kanton Zürich im Jahre 2009, als die Initiative der linken Alternativen Liste (AL) zur Abschaffung der Pauschalsteuer unerwartet angenommen wurde.» Zehnder erklärt sich den Erfolg der Juso einerseits mit einer gewissen Neugier der Schwyzer: «Man möchte wissen, woher das Geld der Parteien stammt – auch das der Linken.» Eine weitere Ursache für die Annahme der Initiative sieht er im «traditionellen Misstrauen der Schwyzer gegenüber der Obrigkeit».

«Unmut wegen Zuzügern»

Eine andere These vertritt der frühere CVP-Generalsekretär und Professor der Politikwissenschaften Iwan Rickenbacher. «Da vor allem die Gemeinden im äusseren Kantonsteil am Zürichsee und in Einsiedeln Ja gestimmt haben, heisst das für mich, dass ein Teil der Bevölkerung in Ausserschwyz seinen Unmut über die negativen Auswirkungen des starken Bevölkerungswachstums bekundet hat», sagt der Schwyzer. Dabei denkt er vor allem an die einkommensstarken Neuzuzüger, die in Ausserschwyz die Immobilienpreise und Mieten in die Höhe treiben würden.

Immer noch eine Mehrheit

Nun stellt sich die Frage, wie die Transparenzinitiative umgesetzt wird. Zwar haben sich die Grünliberalen – wenn auch nur knapp – dagegen ausgesprochen. Aber der Schwyzer GLP-Präsident Pietro Imhof hofft auf eine «echte» Umsetzung. Er rechnet jedoch damit, dass die SVP und die FDP, die zusammen in der Regierung und im Kantonsrat über eine Mehrheit verfügen, der Juso-Initiative «sämtliche Zähne ziehen» werden.

Michael Soukup

ANZEIGE